

SPD demokratischer pressediens

P/XXV/153

18. August 1970

In gutem Andenken

Zum Tode von Ernst Lemmer

Von Arno Scholz

Verleger und Chefredakteur des "Telegraf"/
Berlin

(Seite 1 / 36 Zeilen)

Ein Nachvollzug der Gerechtigkeit

Wiedergutmachung an NS-Opfern in den Ostblock-
Staaten

(Seite 2 / 40 Zeilen)

Vor dem Gespräch mit Prag

Verständigung auch mit dem tschechoslowaki-
schen Nachbarn

(Seite 3 - 4 / 65 Zeilen)

SELBSTBESTIMMUNG UND ENGLIEDERUNG bringt:

Ausgleich mit dem Osten geht unser Volk in
seiner Gesamtheit an
630.000 Anträge auf Familienzusammenführung
Jeder dritte Aussiedler ein Oberschlesier
Bevorzugte Unterstützung der Spätaussiedler
Sudetendeutsche Stiftung in München verab-
schiedet

Sudetendeutsche in Kanada

Humor aus Schlesien und Pommern

Herold Branslik *

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 8, Heussallee 2-10
Postfach: 9753
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 81 37-58
Telex: 868 648/868 847/
868 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

In gutem Andenken

Zum Tode von Ernst Lemmer

Von Arno Schoiz

Verleger und Chefredakteur des "Telegraf" Berlin

Mit Ernst Lemmer verstarb einer der profiliertesten Parlamentarier und engagiertesten Journalisten. Er war in den zwanziger Jahren das jüngste Reichstagsmitglied, nachdem er als Vorsitzender des Soldatenrates auf dem Essener Kongreß für den Aufbau einer Demokratie in Deutschland eintrat und in Marburg einen Aufstandsreaktionärer Kräfte mit unterdrücken half.

Nach seinem Studium war Ernst Lemmer Mitglied der Redaktion der "Frankfurter Zeitung" und wurde 1924 als jüngster Abgeordneter für die Deutsche Demokratische Partei in den Reichstag entsandt. Er gehörte diesem bis 1933 an und war zugleich Führer des Reichsbundes der Demokratischen Jugend und prominentes Mitglied des Bundesvorstandes des Reichsbanners.

Nach 1945 gehörte Ernst Lemmer zu den Gründern der Christlich-Demokratischen Union in der DDR und in Berlin und wurde gemeinsam mit Jakob Kaiser deren Vorsitzender, bis die sowjetische Besatzungsmacht ihn absetzte. Ernst Lemmer verlegte dann seinen Wirkungskreis nach Westberlin, wo er Mitglied des Abgeordnetenhauses, Berliner CDU-Vorsitzender und Berliner Abgeordneter im Deutschen Bundestag wurde. Von 1949 bis 1956 war Lemmer als Chefredakteur des Ende 1966 eingestellten "Kurier" auch journalistisch tätig.

1957 berief Bundeskanzler Adenauer Ernst Lemmer an die Spitze des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen, vorher war er bereits ein Jahr Bundespostminister gewesen. Nachdem er jedoch mehrfach mit dem Bundeskanzler die Klänge kreuzte wurde er in die nächsten Kabinette nicht mehr aufgenommen, war allerdings nochmals 1964 für eine kurze Zeit Bundesvertriebenenminister und dann bis 1969 Sonderbevollmächtigter des Bundeskanzlers in Berlin.

In den letzten Jahren wurde Ernst Lemmer immer wieder von Krankheiten heimgesucht; aber mit einer ungeheuren Energie bezwang er seinen Körper und nahm mit geistiger Frische am politischen Leben Berlins und der Bundesrepublik teil.

Ernst Lemmer war keine kämpferische, aber eine unerlässlich wirkende Persönlichkeit. Er wird in der deutschen Nachkriegsgeschichte weit über dem Rahmen der Kreise, mit denen er sich politisch verbunden hielt, in gutem Andenken bleiben.

+ - +

Ein Nachvollzug der Gerechtigkeit

Wiedergutmachung an NS-Opfer in den Ostblock-Staaten

Jeder Bundesbürger, der sich menschliches Empfinden und Sinn für Gerechtigkeit bewahrt hat, wird mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen, daß nun endlich, 25 Jahre nach Kriegsende daran gegangen wird, auch die NS-Opfer in den Ostblock-Staaten zu entschädigen. Die Bemühungen der Bundesregierung sind schon lange ohne viel Aufhebens im Gange, sie sollen nun verstärkt und zum Abschluß gebracht werden.

Es handelt sich um ein düsteres Kapitel aus Deutschlands dunkelster Geschichte. Ärzte, bar jedes beruflichen und moralischen Verantwortungsgefühls und frei von allen menschlichen Skrupeln, haben damals im Auftrag der NS-Machthaber an hilflosen, der brutalen Gewalt ausgelieferten Männern, Frauen und sogar Kindern medizinisch-technische Versuche unternommen, an denen die meisten unter qualvollen Schmerzen zugrunde gingen. Nur verhältnismäßig wenige Opfer überlebten. Sie leiden heute noch an den Wundmalen, die ihnen Ärzte zufügten. Der berüchtigte Name des in Südamerika lebenden und auf der Fahndungsliste stehenden Dr. Mengele verdient in diesem grausigen Zusammenhang stellvertretend für manche andere erwähnt zu werden. Dr. Mengele experimentierte an Säuglingen und Kleinkindern, um ihnen durch Auswechseln der Augenhaut eine andere Augenfarbe zu geben - ein wahrhaft verbrecherisches und in jeder Beziehung sinnloses Unterfangen, das kein dazu aussehendes Opfer überlebte.

Gesamte Angaben über die Zahl der Überlebenden gibt es nicht. Man schätzt sie auf einige Tausend. Sie führen ein kümmerliches Dasein, sind um ihre Lebenserwartungen betrogen. Soweit sie in Staaten leben, mit denen diplomatische Beziehungen bestehen, ist diesen bedauernswerten Menschen durch Vermittlung des Internationalen Roten Kreuzes eine Entschädigung zuteil geworden. Entsprechende Vereinbarungen sollen nun auch mit Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei zum Abschluß gebracht werden. Ein gewiß verspäteter, aber notwendiger Nachvollzug der Gerechtigkeit, soweit sie überhaupt geübt werden kann. Hier geht es nicht um Reparationsleistungen, hier geht es um die Linderung menschlichen Leidens und um die Erfüllung einer längst fälligen und selbstverständlichen Pflicht.

Dies gereicht der Bundesregierung zur Ehre. Zur Versöhnung und zum Ausgleich mit unseren östlichen Nachbarn gehört eben auch die Wiedergutmachung an NS-Opfern. Sie haben lange genug darauf und mit Bitternis in Herzen warten müssen.

+ + +

Vor dem Gespräch mit Prag

Verständigung auch mit dem tschechoslowakischen Nachbarn

Die Tschechoslowakei bereitet sich auf den Beginn der Vertragsverhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland vor. Alle mündlichen und schriftlichen Stellungnahmen, die nach dem 12. August, dem Tag der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Abkommens, aus unserem östlichen Nachbarland vorliegen, lassen erkennen, daß man sich dort sehr ernsthaft und konkret mit der Gesamtproblematik beschäftigt, die ein Gewaltverzichts- und Zusammenarbeitsvertrag mit der BRD aufwerfen muß. Auch die entscheidende Tatsache, daß mit der Hoxhaer Unterschrift das Eis gebrochen worden ist, darf nicht an der Erkenntnis vorbeiführen, daß, ebenso wie mit Polen, auch zwischen Bonn und Prag spezifische Fragen zu erörtern und zu beantworten sein werden. Bonn und Prag treten sich als souveräne Staaten gegenüber, die freilich in ihrem jeweiligen Verteidigungs- und Wirtschaftsblock eingebettet sind, und werden also auch dementsprechend souverän miteinander zu verhandeln haben.

Diese Verhandlungen müssen nicht mehr vom Nullpunkt beginnen. Die Vorführer gehen bis in die Jahre unter dem ČSSR-Präsidenten Novotný zurück und haben bereits einen großen Teil des Ackers bestellt. Die ruhige und verdienstvolle Tätigkeit der beiden Handelsmissionen in Bonn und Frankfurt/Main hat ebenfalls zur Vorbereitung mancher Zweifels- und Streitfragen beigetragen. Wenn also in sehr absehbarer Zeit die offiziellen Delegationen der beiden Nachbarstaaten in Prag und Bonn mit den formellen Verhandlungen beginnen werden, dann werden sie von weitgehend festem Boden aus arbeiten können. Natürlich ist noch eine ganze Reihe von Problemen unerledigt, so z.B. die endgültige Lösungs-Formulierung zum Komplex des Münchner Abkommens oder Fragen, die mit dem Status der Sudetendeutschen zusammen-

hängen. Es wird sicher notwendig und gut sein, zu alledem den sachkundigen Rat der aus eigenen Erleben und Erleiden so innig mit dem Land und seinem Schicksal verbundenen Menschen zu hören und zu beachten.

Der Prager Staatspräsident Ladvík Svoboda hat in diesen Tagen, nach Moskau, mit besonderer Betonung die Tatsache herausgestellt, daß die Frage der Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und allen anderen sozialistischen Staaten, und insbesondere auch mit der ČSSR, "aktuell" geworden sei. Er, oder z.B. auch der Ministerpräsident des tschechischen Förderalstaates, Jozef Kocák, haben freundliche Urteile über die Bonner Ostpolitik und auch über die realistischen Bewertungen der Entwicklung durch die westdeutsche Bevölkerung abgegeben. Prag sei bereit, so wurde erklärt, jeden positiven Schritt der Bundesregierung "mit Verständnis zu akzeptieren".

Keine Frage, daß diese Schritte von Bonn aus in Richtung Prag getan werden. Wir meinen nur, daß diese Bonner Aktion, die aus dem unbestreitbar ehrlichen Willen zur friedlichen Verständigung und Aussöhnung gerade auch mit dem tschechoslowakischen Nachbarn erfolgen wird, leichter fallen und in besserer Atmosphäre geschehen kann, wenn das zundweg unberechtigte und unrealistische Mißtrauen gegen einen angeblich in der Bundesrepublik immer noch grassierenden Militarismus und Revanchismus nicht tagtäglich durch die Prager Zeitungsspalten geistern würde. Die Bundesrepublik und ihre Menschen wollen Entspannung und Frieden auch nach Osten. Sie brauchen die Chance des Vertrauens.